Liebe Genossinnen und Genossen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich wünsche Euch allen persönlich, dass es ein gutes und neues Jahr wird.
Ein Jahr, das wir gemeinsam gestalten werden und in dem wir einiges
bewegen können.

Unserer Partei wünsche ich außerdem, dass es im nächsten Jahr weiter
bergauf gehen wird.

Denn dass es bergauf geht, daran gibt es keinen Zweifel mehr.

Zusammenhalt, Solidarität, Gerechtigkeit
– das gilt wieder etwas, das ist wieder Thema.

Wer dafür kämpft ist nicht mehr alleine. Der hat in der SPD seine Heimat.

Die SPD ist wieder da.

Das hat gute Gründe: Natürlich liegt es auch am schwachen Zustand der
gegenwärtigen Bundesregierung. Es liegt an den Zusammenbrüchen der
CDU geführter Landesregierungen in Hamburg und nun im Saarland. Es
mag auch an den Ereignissen rund um die Person von Christian Wulff
liegen, zumal dessen malade Situation längst auf die Kanzlerin abfärbt, die
ihn um jeden Preis in das höchste Amt hieven wollte. Wie hoch der Preis
war, das bemerken wir dieser Tage.

Im Regelfall soll die Persönlichkeit das Amt des Bundespräsidenten tragen. Wir erinnern uns an Theodor Heuss, an Gustav Heinemann, an Richard von Weizsäcker und Johannes Rau als Persönlichkeiten, die diesem Anspruch in besonderer Weise gerecht wurden.

So sollte es sein. Eine Persönlichkeit prägt und trägt das höchste Staatsamt. Heute verstärkt sich jedoch von Tag zu Tag der Eindruck, das Amt des Bundespräsidenten erträgt die Person, die es derzeit bekleidet. So darf es nicht sein. Ich hoffe sehr, dass es zügig zu einer Klärung kommt, bevor das Amt noch weiteren Schaden nimmt.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Erscheinungsbild der Regierung und der sie tragenden Parteien von CDU und FDP ist das eine. Aber das allein ist es nicht. Unsere Partei hat sich nach der Bundestagswahl vor zwei Jahren erneuert, und das war nicht einfach, aber es war erfolgreich.

Wir haben uns selbstkritisch mit unseren Positionen auseinandergesetzt und sie da neu formuliert, wo es nötig war, auch bei Hartz IV, bei der Rente mit 67 und der Zeitarbeit.

Das haben wir kontrovers, aber konstruktiv getan.

Diese Debatte war notwendig, weil sich unsere Partei inhaltlich neu positionieren musste.

Dieser vielfältig geführte Diskurs war auch deshalb erforderlich, weil sie eine Abkehr von jener Basta-Politik darstellte, die die Partei mit ihren Mitgliedern bei wichtigen Entscheidungen außen vor gehalten hatte. Ich erinnere nur daran, dass beispielsweise die „Rente mit 67“ verkündet wurde, ohne dass ein Parteitag je darüber inhaltlich beraten hat.

So etwas darf nie wieder geschehen. Die innerparteiliche Willensbildung hat wieder an Gewicht gewonnen. Das ist gut so.

So haben wir neue Geschlossenheit erarbeitet und eine neue Aufbruchsstimmung für uns gewinnen können.

Acht Landtagswahlen hat es seit der Bundestagswahl gegeben.

Acht Mal wurde die SPD in Regierungsverantwortung gewählt.

Sechs Mal davon stellen wir den Ministerpräsidenten.

Das kann sich sehen lassen. Im Frühjahr wollen wir unsere Serie fortsetzen.

Mit unserem Kandidaten Thorsten Albig werden wir in Schleswig-Holstein die konservative Regierung ablösen.

Sollten die Sondierungsgespräche im Saarland scheitern so wird Heiko Maas noch in diesem Jahr zum saarländischen Ministerpräsidenten gewählt!

Trotzdem sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen. Denn mit den aktuellen Umfragewerten um die 30% wollen und werden wir uns nicht zufrieden geben.

Unser Anspruch als SPD ist: Stärkste der Parteien zu sein.

Wir leiten diesen Anspruch nicht aus einem Willen zur Macht ab sondern aus unserem Willen zur Gestaltung ab. Es ist dringend nötig die Politik in unserem Land neu zu gestalten.

Das gilt nicht zuletzt für ein starkes Europa. Trotz aller aktuellen Probleme des „Euro“ dürfen wir nicht vergessen, dass die Europäische Einigung eine Erfolgsgeschichte ist. Die Europäische Union hat zu einer unvergleichlichen Phase von Frieden und Wohlstand beigetragen. Helmut Schmidt hat es zu Beginn des Bundesparteitages vor einem Monat präzise beschrieben.

Es geht um mehr als um einen mobilen Rettungsdienst, wie ihn die gegenwärtige Bundeskanzlerin zu betreiben scheint.

Die sich von Gipfel zu Gipfel hangelt.

Die seit zwei Jahren eine Hü- und Hott-Politik betreibt.

Die die Kosten der Rettung durch ihr Zaudern ständig verteuert.

Die durch ihre Schulmeisterei alle anderen Partner brüskiert.

Frau Merkel einigt Europa nicht, sie spaltet. Und sie sorgt dafür, dass Europa immer unpopulärer wird.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir Sozialdemokraten sehen dagegen Europa als eine großartige Chance.
Denn nur gemeinsam können wir unsere europäischen Werte behaupten.

Es geht darum:

Das Gemeinwohl über wirtschaftliche Einzelinteressen zu stellen;

Kulturelle Vielfalt über Anpassung.

Lebensqualität über Anhäufung von Reichtum.

Nachhaltige Entwicklung über Ausbeutung von Mensch und Natur.

Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung mit
ihren sozialen, kulturellen und umweltschädlichen Auswüchsen werden.

Das ist die Haltung der SPD zu Europa.

Und deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns für eine wirkliche politische
Union ein.

Mit einer gemeinsamen Steuer-, Finanz-, und Wirtschaftspolitik – die sozial
sein muss. Mit einem wirklich schlagkräftigen europäischem Parlament.
Damit Europa nicht länger von Bankern und Anlegern regiert wird, sondern
von demokratisch gewählten Abgeordneten.

Der Zeitgeist hat sich gedreht. Er ist nicht mehr neoliberal.

Er ist sozialdemokratisch.

Soziale Sicherheit ist wieder wichtiger geworden.

Die Menschen wollen nicht in der Unsicherheit leben, mit der Gefahr, dass ein von Profitgier beherrschtes Finanzsystem von heute auf morgen ihre persönlichen Lebensentwürfe zerstört.

Sie wollen die Sicherheit zurück, dass eine gute Ausbildung, ein guter Job und vielleicht noch was Ersparnes zu einem guten Leben reichen.

Es ist daher eine große Aufgabe unserer Zeit, den Kapitalismus zu zügeln, bevor er die Grundfesten und Grundwerte unserer Gesellschaft und unseres Staates zerstört.

Dafür müssen wir die Finanzmärkte konsequent regulieren:

Durch das Verbot hochspekulativer Geschäfte.

Durch eine Spekulationssteuer.

Durch eine schlagkräftige europäische Aufsicht für Banken.

Durch eine effektivere Kontrolle von Banken und vieles mehr.

Frau Merkel hat die Vorstellung von einer „marktkonformen Demokratie“.

Wir setzen ihr unsere Forderung für einen demokratiekonformen Markt entgegen.

Denn nicht der Mensch soll Diener des Marktes sein, sondern der Markt Diener des Menschen!

Das ist eine historische Aufgabe, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf der ganzen Welt konsequent angehen müssen. Europa muss endlich auf gesunden Füßen stehen. Dafür brauchen wir eine europäische Wachstumsinitiative für die Krisenstaaten.

Aber wie handhabt es die Kanzlerin und ihre Regierung? Gleich einem Elefanten im Porzellanladen marschieren sie durch Europa und zerdeppern dabei das europapolitische Erbe von Konrad Adenauer und Helmut Kohl – letzterer hat seine Kritik vor zwei Monaten laut kundgetan – genauso wie das Erbe von Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Helmut Schmidt hat dieser Regierung vor einem Monat dazu ins Stammbuch geschrieben:

„Wenn aber jemand zu verstehen gibt, heute und künftig werde in Europa Deutsch gesprochen; wenn ein deutscher Außenminister meint, fernsehgeeignete Auftritte in Tripolis, in Kairo oder in Kabul seien wichtiger als politische Kontakte mit Lissabon, mit Madrid, mit Warschau oder Prag, mit Dublin, Den Haag, Kopenhagen oder Helsinki; wenn ein anderer meint, eine europäische „Transfer-Union“ verhüten zu müssen – dann ist das alles bloß schädliche Kraftmeierei.“

Das ist Politik auf des Messers Scheide.

Sie droht die Solidarität zwischen den Völkern zu zerstören, indem Völker stigmatisiert werden – die Wirtschaft Griechenlands kollabiert, die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien schnell auf mehr als 25 Prozent an.

Diese Krise – liebe Genossinnen und Genossen – kann kein Land für sich allein lösen.

Der bekannte Satz: „Kein Land lebt für sich allein“ bewahrheitet sich hier.

„Die Schulden Griechenlands, Portugals, Spaniens und Italiens – sie sind nichts anderes als der deutsche Leistungsbilanzüberschuss. Deren Schulden sind unsere Forderungen.“ – so hat es Helmut Schmidt beschrieben.

Recht hat er. Und wenn ich lese, dass Dänemark inzwischen für mittelfristige Staatsanleihen (!) Zinsen empfängt, dann ist das nichts anderes als der Ausdruck einer bedrohlichen Deflation in Europa.

Der Physikerin Merkel sollte in Erinnerung gerufen werden, dass Politik nicht mit Physik gleichzusetzen ist.

Europa ist kein Versuchsaufbau. Europapolitik spielt sich in der Realität ab und hat unmittelbar Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Millionen.

Wenn es uns – und damit meine ich alle Europäerinnen und Europäer – nicht gelingt, die Krise zu lösen, dann kollabieren nach und nach alle Staaten – letztlich auch die Bundesrepublik. Da gibt es keine zweite Chance, bei der wir die ein oder andere Stellschraube neu nivellieren können.

Richard von Weizsäcker hat 1990 mit Blick auf die Deutsche Einheit gesagt: „Wer sich vereint, der muss teilen lernen.“

Dieser Satz hat nichts an Aktualität verloren. Er gilt heute nicht nur für den innerdeutschen sondern genauso für den europäischen Einigungsprozess.

Das Scheitern Europas könnte Nährboden sein für nationale und nationalistische Strömungen – mit Besorgnis blicken wir auf die Ereignisse in Ungarn. Ein Land das sich zwei Jahrzehnte nach der Befreiung aus den Fängen des Sowjetkommunismus nun zu einem rechts-totalitären Land zu entwickeln droht.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Krebsgeschwür des braunen Terrors hat auch in Deutschland gewütet.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, wie blind unser Staat auf dem rechten Auge war.

Wir schämen uns für die schweren Fehler, die bei den Ermittlungen der Morde an Mitbürgern mit ausländischen Wurzeln gemacht wurden.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat jetzt hoffentlich eingesehen, wie fatal es war, die Mittel für den Kampf gegen Rechts zu kürzen.

Insbesondere Ministerin Schröder trägt dafür Verantwortung.

Wir Sozialdemokraten treten Rechtsextremismus entschieden entgegen. Das haben wir schon immer getan.

Wir waren die einzige Partei, die 1933 gewagt hat, gegen das Ermächtigungsgesetz und damit die totale Kontrolle der Nazis zu stimmen.

Wir haben uns in 60 Jahren Bundesrepublik stark gemacht gegen das Beschweigen des Holocaust und gegen die Verjährung von NS-Unrecht.

Und wir haben uns eingesetzt für die Aussöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn und Opfern des deutschen Vernichtungskrieges.

Und heute treten wir entschieden dafür ein, dass die menschenverachtende NPD endlich verboten wird. Denn es kann nicht sein, dass wir deren mörderische Parolen mit Steuergeldern finanzieren.

Wir treten ein für Toleranz und Respekt. Für Rechtsextreme ist kein Platz in Remscheid – das werden wir mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis dokumentieren.

Beim Bundesparteitag hat mich die Rede des norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg beeindruckt.

Nach den grausamen Morden an jungen Sozialistinnen und Sozialisten auf der Insel Utøya sagte er: „Die Antwort von Norwegen auf Gewalt ist immer mehr Offenheit, mehr Demokratie.“

Rechter Terror, rechte Parolen und rechtsextreme Politik sind ein Problem ganz Europas. Wir können die alten und neuen Nazis nur gemeinsam stoppen. Die Grundlage dafür ist, nie zu vergessen, dass Demokratie nicht nur ein System, sondern vor allem eine Überzeugung ist.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das Beharren der SPD auf arbeitsrechtlichen Standards und sozialer Gerechtigkeit – das war nicht unbedingt en vogue. Viele haben uns für das Festhalten an diesen Zielen belächelt.

Neoliberalismus war angesagt. Ich will nicht verhehlen, dass diese Mode auch in manches sozialdemokratische Regierungsvorhaben eingeflossen ist. Ich denke dabei beispielsweise an die fehlende Regulierung der Finanzmärkte.

Die Weltwirtschaftskrise hat das Versagen der neoliberalen Ideologie überdeutlich gemacht.

Der Markt kennt weder Werte noch Schranken. Es ist Aufgabe von Staat und Gesellschaft dafür zu sorgen, dass die Rechte des Menschen nicht hinter den Freiheiten des Marktes zurücktreten.

Deshalb streiten wir für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8.50 Euro. Von Arbeit muss man leben können.

Deshalb dämmen wir den Missbrauch bei den Minijobs ein, indem wir die Wochenarbeitszeit auf 12 Stunden begrenzen.

Deshalb fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit, egal ob Leiharbeiter oder Stammbeschäftigter.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Frauen und Männer endlich gleich bezahlt werden.

Deshalb gestalten wir den Einstieg in die Rente flexibler, so dass Menschen, die nicht mehr arbeiten können, nicht mehr arbeiten müssen. Wer lange gearbeitet hat, soll von seiner Rente auch leben können. Ich bin gespannt, ob die CSU sich unserer Initiative im Bundestag anschließen wird – damit den Worten von Herrn Seehofer auch einmal Taten folgen können.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zu sozialer Gerechtigkeit gehört, dass die Chancen auf ein gutes und gesundes Leben nicht vom Geldbeutel abhängen dürfen.

Deshalb muss die Krankenversicherung bezahlbar sein, die schwarz-gelbe Zwei-Klassen-Medizin muss abgeschafft werden. Die Menschen merken, dass es eben die SPD ist, die durch die Bürgerversicherung für ein solidarisches, gerechtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem sorgt.

Denn wir machen Schluss damit, dass die Beiträge der Arbeitgeber eingefroren werden, während die Beschäftigten immer höhere Beiträge zahlen müssen.

Wir machen Schluss damit, dass Arbeitgeber wie Banken hohe Gehälter und Boni vergeben, aber weniger Sozialbeiträge zahlen.

Durch einen Steuerzuschuss sichern wir die Finanzierung, indem jeder so viel beiträgt, wie er kann. Wir machen Schluss damit, dass die Ärzte Privatpatienten höher abkassieren und dadurch die Kosten erhöhen.

Wir machen Schluss damit, dass die Versichertenkarte, ob privat oder gesetzlich, darüber entscheidet, wann und wie jemand behandelt wird.

Und wir Sozialdemokraten sind es auch, die dafür sorgen, dass die Pflege nicht privatisiert wird, denn dabei handelt es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe der ganzen Gesellschaft.

Pflegende sollen mehr Unterstützung erhalten. Angehörige sollen sich kümmern können, ohne Angst vor Kündigung oder Lohnausfall.

Damit hat sich die SPD auf Bundesebene eine Forderung aus unserem sozialpolitischen Unterbezirksparteitag zu Eigen gemacht, die vom Ortsverein Lüttringhausen in die Debatte gebracht wurde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Soziale Gerechtigkeit kann nur gelingen, wenn Bildungschancen eröffnet werden! Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben ist ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem. Die Schuldebatte hat im letzten Jahr in NRW und in Remscheid einen großen Raum eingenommen. Im Land ist es der SPD genauso wie vor Ort gelungen einen breiten politischen Konsens zu entwickeln um den Schulfrieden zu wahren und neue Bildungschancen zu eröffnen.

Wir brauchen im Land wie in der Gemeinde jedoch weitere Ressourcen.

Deshalb will die SPD die Ausgaben für Bildung von heute 4,8% des Bruttoinlandsprodukts auf mindestens 7% erhöhen – das entspricht dem Durchschnitt (!) der OECD-Länder. Diese zwei Prozentpunkte machen 20 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für Bildung aus!

Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung den Anspruch, dass Herkunft kein Schicksal sein dürfe.

Dazu gehört auch, dass unsere Gesellschaft mehr in die Kinderbetreuung investiert. Es darf nicht sein, dass Kinder in ihrer Entwicklung abgehängt werden, wenn die Eltern sich die Kita nicht leisten können. Oder weil es keine freien Kitaplätze gibt. Oder weil die Öffnungszeiten so sind, dass die Eltern dann nicht arbeiten können.

Das darf aber nicht wie bei der ehemaligen Rüttgers-Regierung heißen, den Kommunen das Geld vorzuenthalten, was sie zum Ausbau benötigen so dass am Ende die Gemeinden die Zeche zu zahlen haben. Hier müssen Bund und Land tatkräftig mithelfen, um den Städten den Ausbau zu ermöglichen!

Geld dafür wäre da.

Das von der Union geforderte Betreuungsgeld- wird 2 Milliarden Euro kosten, die dem notwendigen Ausbau von Krippen- und Kita-Plätzen fehlen werden. Ganz abgesehen davon, dass es bildungspolitischer Quatsch ist, Kinder von den Kitas fernzuhalten. Das müsste sich eigentlich auch bis Bayern durchgesprochen haben.

Wir stehen deshalb für ein flächendeckendes Ganztagsangebot im Kita- und Schulbereich.

Wir stehen dafür, dass sich die Eltern verwirklichen und die Kinder sich vernünftig entwickeln können.

Wir stehen dafür, dass Eltern partnerschaftlich Kinder und Beruf vereinbaren können.

Wir stehen deshalb für finanzielle Unterstützung von Familien. Mehr Kindergeld für Geringverdiener. Vierzehn statt sieben Monate Elterngeld, wenn beide Eltern gleichzeitig in Teilzeit arbeiten.

Stabile Finanzen sind die Grundlage für einen starken, sozialen Staat. Deshalb wollen wir den Staat nicht schwächen, wir wollen ihn stärken.

Dazu gehört auch eine vernünftige Steuerpolitik. Wer mehr als 100.000 Euro im Jahr verdient soll künftig einen Spitzensteuersatz von 49% zahlen. Außerdem sollen unnötige Subventionen abbauen wie die Hoteliersteuer – das Steuergeschenk der FDP – wieder gestrichen werden.

Allein das bringt 15 Milliarden Euro ein.

Dazu sollen Einnahmen aus einer höheren Besteuerung von Zinseinkünften sowie die Vermögenssteuer und die Spekulationssteuer treten.

Das ist eine seriöse und – und vor allem – eine gerechte Steuerpolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Kommunen verkommen.

Sie sind die Keimzelle guten Lebens und der Demokratie. Jeder kann an seinem eigenen Leben sehen, wie sich Kommunalpolitik auswirkt. Und wie wichtig Politik ist. Sie durchdringt – in Anlehnung an Willy Brandt – das ganze Sein.

Durch persönlichen Einsatz kann man auf der kommunalen Ebene am ehesten und meisten bewirken – und profitiert auch noch unmittelbar selbst davon.

Gute Kommunalpolitik ist deshalb das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, die Gewerbesteuer zu erhalten.

Deshalb haben wir dafür gesorgt, die Kommunen bei der Grundsicherung um gut 4 Milliarden Euro jährlich zu entlasten – das bedeutet in der höchsten Stufe für Remscheid ab 2014 eine Zuweisung von zusätzlich zwischen 4,5 und 5 Millionen Euro!

Und deshalb wollen wir die Kommunen, wenn wir die Bundesregierung stellen, um weitere 4 Milliarden entlasten.

Der Stärkungspakt in NRW wird – das wissen wir alle – nicht reichen, um den Kommunen dauerhaft zu helfen, dafür bedarf es weiterer Unterstützung durch den Bund. Es ist Zeit für eine kommunalfreundliche Politik in Berlin – es ist Zeit für eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung!

Wir wollen wieder mehr Spielraum gewinnen, um das zu machen, wofür gute Politik da ist: Die Bedingungen zu verbessern, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Seit fast 150 Jahren strebt die Sozialdemokratie danach, die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Unsere Werte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind zeitlos.

Wir sind aufgefordert, mitzuwirken. Macht mit, seid offen, seid kreativ, seid mutig, geht auf andere zu – denn nur gemeinsam sind wir stark. Das macht die SPD als linke Volkspartei in der Mitte der Gesellschaft aus.

Mittendrin statt nur dabei. Dort, wo die Menschen sind.

Denn nur in einem Bündnis der Partei mit der Gesellschaft schaffen wir einen Politikwechsel für Deutschland, dessen unser Land bedarf!

Unsere Aufgabe ist – wie es im Godesberger Programm lautet:
„Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

In diesem Sinne starten wir in ein erfolgreiches 2012!